



öffentlich

Betreff:

Unabhängige Mieterbeschwerdestelle

Erstellungsdatum 10.02.2009

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.03.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x
17.03.2009	Ausschuss für Gesundheit und Soziales		
07.04.2009	Ausschuss für Eingaben und Beschwerden		
15.04.2009	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der städtischen Wohnungsgesellschaft PRO Potsdam, den in Potsdam ansässigen Wohnungsbaugenossenschaften sowie dem Mieterbund aufzunehmen mit dem Ziel der Einrichtung einer gemeinsamen Mieterbeschwerdestelle. Mieter sollen sich mit Problemen oder Beschwerden in Bezug zu ihrem Mietverhältnis und Wohnumfeld an diese Stelle wenden können. Vertreter von Mietern, Vermietern und Verwaltung sollen dort in gemeinsamer Arbeit nach Lösungen suchen. Den privaten Vermietern, die in Potsdam tätig sind, soll Gelegenheit gegeben werden, sich einem solchen System anzuschließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Juni 2009 ein Zwischenbericht zum Stand der Gespräche zu geben.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Probleme von Mietern reichen von Nachbarschaftsstreitigkeiten über direkte Auseinandersetzungen mit Vermietern bis hin zu Problemen im näheren und weiteren Wohnumfeld. Nicht immer ist für die Betroffenen klar erkennbar, wer für die Lösung eines konkreten Problems zuständig ist. Abhilfe könnte eine zentrale Anlaufstelle schaffen, in der alle beteiligten Stellen zum Wohle der Betroffenen zusammenarbeiten. Durch die Kooperation unterschiedlicher Vermieter, Mieter und der Verwaltung wäre zudem eine Überparteilichkeit bei Streitfällen gewährleistet. Die Wohnungsunternehmen würden in ihrer Arbeit mit den Mietern ebenfalls Unterstützung durch diese Einrichtung erfahren. Durch die Vermeidung von Streitigkeiten und schnelle Erkennung und Beseitigung von Problemen würde die Stelle einen Beitrag zu mehr Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt leisten.